

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Ausschusses für Vielfalt und Integration

Sitzung: Dienstag, 18.04.2023, 15:00 Uhr

Raum, Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23.02.2023
3. Flüchtlingsangelegenheiten
4. Mitteilungen
 - 4.1. mündliche Mitteilungen
 - 4.1.1. Netzwerk FGM-C Braunschweig (Female Genital Mutilation) und Fachtag "Weibliche Genitalverstümmelung in Medizin, Beratung und Prävention - Weiterbildung für Fachkräfte"
 - 4.1.2. AG Diversity, Ziele und Themen der dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe
 - 4.1.3. Verein für sexuelle Emanzipation e.V., Projektvorstellung
 - 4.1.4. Fach- und Koordinierungsstelle "Demokratie leben!" Braunschweig und Büro für Migrationsfragen, Demokratieworkshops
 5. Anträge
 - 5.1. Ausgestaltung der Städtepartnerschaft mit Gqeberha 23-20852
 - 5.2. Schaffung einer Gedenkstätte für die Opfer jüngster rechtsmotivierter Anschläge 23-20986
 6. Anfragen
 - 6.1. Verbesserung der Wohnsituation im Vienna House 23-20982
 - 6.2. "Braunschweig - du leise Stadt!" Veranstaltungen für geräuschsensible Menschen 23-20802
 7. Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften in der Migrationsarbeit, aus den Begegnungsstätten, internationalen Vereinen, Gruppierungen und dem Niedersächsischen Integrationsrat (NIR)

Braunschweig, den 11. April 2023

*Absender:***SPD-Fraktion im Rat der Stadt****23-20852**
Antrag (öffentlich)*Betreff:***Ausgestaltung der Städtepartnerschaft mit Gqeberha***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

07.03.2023

Beratungsfolge:

Ausschuss für Vielfalt und Integration (Vorberatung)

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Entscheidung)

18.04.2023

09.05.2023

N

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung möge bei der Ausgestaltung der Städtepartnerschaft mit Gqeberha (ehemals Port Elizabeth) in der Metropolgemeinde Nelson Mandela Bay den Schwerpunkt „Gesundheit“ erweitern auf „Gesundheit und Soziales“.

Sachverhalt:

Am 22.11.2022 hat der Rat über die Beschlussvorlage zur Städtepartnerschaft mit der Stadt Gqeberha (Port Elizabeth) abgestimmt. Laut den Erläuterungen zum Antrag liegen die Schwerpunkte der gemeinsamen Projekte in den Bereichen:

- wissenschaftliche Zusammenarbeit und qualifizierte berufliche Bildung
- Jugendbegegnungen/Jugendkulturarbeit
- Sport
- erneuerbare Energien
- nachhaltige, ländliche Entwicklung
- Gesundheit

Ein Bereich, der bei (Städte-)Partnerschaften gerne vergessen wird, ist der soziale Bereich.

So auch auf Landesebene: Seit 1995 pflegen das Land Niedersachsen und die Provinz Eastern Cape eine Regionalpartnerschaft. Erst seit 2014 gibt es ein Austauschprogramm zum Thema HIV, das von der Aidshilfe Niedersachsen Landesverband e.V. und dem Eastern Cape Aids Council jährlich organisiert wird und zu dem je nach Schwerpunktthema andere Organisationen einbezogen werden.

Der Verein für sexuelle Emanzipation e.V. (VSE) war bereits zweimal für den Themenkomplex LSBTI* (Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*- und intergeschlechtliche Menschen) Kooperationspartner in diesem Austausch (zuletzt 2022). Zum letztjährigen Sommerlochfestival / CSD Braunschweig war eine Delegation in Braunschweig anwesend, u. a. mit Vertreter*innen des Gqeberha Pride (= CSD).

Beim Gegenbesuch konnte der VSE die Kontakte zum LSBTI*-Sektor in Gqeberha bzw. Nelson Mandela Bay vertiefen und ist seitdem online mit Vertreter*innen von verschiedenen queeren Organisationen im Kontakt.

Obwohl Südafrika die liberalste Verfassung weltweit hat, ist die Situation für LSBTI*-Personen vor allem außerhalb der großen Metropolen schwierig. Insbesondere die Provinz Eastern Cape ist Schlusslicht in vielen Bereichen (u. a. Gender-based Violence, Corrective Rapes).

Auf der letzten Online-Konferenz am 7. Februar 2023 haben sich die beteiligten Organisationen aus Gqeberha gewünscht, dass der LSBTI*-Bereich explizit bei den Schwerpunktthemen der Städtepartnerschaft genannt wird, damit Politik und Verwaltung in Gqeberha bzw. Nelson Mandela Bay sich mit dem Thema beschäftigen müssen. Die Stadt Braunschweig hat somit die Gelegenheit, indirekt die Kommunikation zwischen den LSBTI*-Akteur*innen und den offiziellen Stellen in Gqeberha bzw. Nelson Mandela Bay zu verbessern und damit den LSBTI*-Bereich zu unterstützen.

Die Erweiterung auf den Bereich Soziales bezieht sich nicht ausschließlich auf den LSBTI*-Bereich. Selbstverständlich können sich auch andere Organisationen eingeladen fühlen, die Partnerschaft mit Leben zu füllen (z. B. im Drogenbereich, Angebote für Sexarbeitende, Inklusion, sexualisierte Gewalt, HIV-Prävention u.v.m.).

Gez. Nils Bader

Anlagen:

keine

*Absender:***SPD-Fraktion im Rat der Stadt****23-20986**
Antrag (öffentlich)*Betreff:*

Schaffung einer Gedenkstätte für die Opfer jüngster rechtsmotivierter Anschläge

*Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

01.04.2023

*Beratungsfolge:*Ausschuss für Vielfalt und Integration (Vorberatung)
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)

18.04.2023

Status

Ö

09.05.2023

N

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, inwiefern und wo auch in Braunschweig mit einer Gedenktafel, Gedenkstätte oder einem Mahnmal an die Opfer jüngster rechtsmotivierter Anschläge gedacht werden kann. In die Überlegungen soll auch der Standort "Dönerdreieck" oder eine andere zentrale Stelle in der Innenstadt einbezogen werden.

Sachverhalt:

Von Terrorattacken der vergangenen Jahre in besonderer Weise betroffene Kommunen wie Dortmund, Nürnberg, Hamburg, München, Rostock, Kassel, Heilbronn und Hanau, in denen Todesopfer nach rechtsextremistischen Anschlägen zu beklagen gewesen sind, haben die Errichtung teilweise einheitlicher Gedenkstätten als einen Weg der Markierung der spezifischen authentischen Verfolgungsorte in ihren Gemeinwesen gewählt.

Auch in weiteren Städten, wie z.B. in Stuttgart und Frankfurt, gibt es bereits Gedenkstätten, um an die jüngsten rechtsmotivierten Anschläge in Deutschland wie die NSU-Morde, die Anschläge in Rostock, Chemnitz oder Hanau zu erinnern und auf diese aufmerksam zu machen.

In der Stellungnahme 22-20269-01 zu einer entsprechenden Anfrage im AVI begrüßte auch die Verwaltung "die Initiative, der Frage der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antidebaktratischen Initiativen und Gruppen eine noch stärkere Bedeutung zuzumessen."

Gez. Nils Bader

Anlagen:

keine

Betreff:

Verbesserung der Wohnsituation im Vienna House

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

01.04.2023

Beratungsfolge:

Ausschuss für Vielfalt und Integration (zur Beantwortung)

Status

18.04.2023

Ö

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Planung und Hochbau hat am 08.03.2023 beschlossen, das Hotel Vienna House bis zum 26.09.2023 weiterhin durch die Stadt Braunschweig für die Unterbringung ukrainischer Kriegsvertriebener anzumieten. Der DS 23-20627 ist zu entnehmen, dass der Mietvertrag eine Küche mitumfasst. Aktuell soll aber weder im Haus 1 noch in Haus 2 eine Küchennutzung möglich sein. In Haus 1 soll die Decke herabgefallen und Schimmelbefall aufgetreten sein.

Tatsächlich verfügt das weitere Haus 3, der ehemalige Sportbereich, über eine komplett ausgestattete Küche. Dieser Trakt ist für die Geflüchteten jedoch nicht zugänglich.

Die Kriegsvertriebenen werden zwar über einen Caterer verpflegt, einige würden sich aber sehr gerne selbst verpflegen können. Da zum Teil eine längere Verweildauer im Vienna House besteht, ist der Wunsch verständlich, auch einmal selbst kochen zu können.

Ferner steht den Bewohner*innen des Vienna Houses kein stabiles Internet zur Verfügung. Internet und soziale Medien sind jedoch wichtige Informationsquellen, insbesondere für die Geflüchteten. Diese können so weiterhin Kontakt zu ihren Angehörigen in der Heimat aufrechterhalten, Nachrichten verfolgen und die Kinder auch am Homeschooling teilnehmen.

Die im Vienna House untergebrachten Kriegsvertriebenen müssen sich aktuell allerdings zunächst ins technische Netz des Hotelbetreibers einwählen. Technisch stabile Leitungen kommen dabei nicht zustande. Lediglich im Freien, auf dem Parkplatz des Hotels, ist ein störungsfreier Empfang möglich.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Kann für die Bewohner*innen eine Möglichkeit geschaffen werden, sich selbst zu verpflegen, sei es durch die vertraglich vereinbarte Nutzung der funktionsfähigen Küche des Hauses 3 oder die Herstellung einer funktionsfähigen Küche in den angemieteten Häusern?
2. Wie kann den Bewohner*innen des Vienna Houses kurzfristig kostenfrei eine funktionierende Internetverbindung, ein freier WLAN-Anschluss zur Verfügung gestellt werden?

Gez. Christiane Jaschinski-Gaus

Anlagen:

keine

*Absender:***Gruppe Direkte Demokraten im Rat der Stadt****23-20802****Anfrage (öffentlich)***Betreff:*

"Braunschweig - du leise Stadt!" Veranstaltungen für geräuschsensible Menschen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

27.02.2023

Beratungsfolge:

Ausschuss für Vielfalt und Integration (zur Beantwortung)

Status

18.04.2023

Ö

Sachverhalt:

Geräuschsensibilität ist eine häufig vorkommende Normabweichung der Wahrnehmung, die unterschiedliche Ursachen haben kann. Rund 20 Prozent der Bevölkerung gelten als hochsensibel [1]¹, dazu kommen Menschen mit einer Hyperakusis (ca. 1 Prozent der Bevölkerung) [2]² und Menschen aus dem Autismus-Spektrum. Grob geschätzt kann man davon ausgehen, dass daher rund 50 Tausend Braunschweiger mindestens eine milde Geräuschsensibilität aufweisen.

So unterschiedlich die Bewohner Braunschweigs sind, so unterschiedlich sind auch ihre Ansprüche. Das sogenannte „stadtsommervergnügen“ wirbt beispielsweise mit „Fahrgeschäften, Spielständen und gastronomischem Angebot in der Braunschweiger Innenstadt“. Für geräuschsensible Menschen hingegen klingt das eher nach einem verlockenden Angebot, die Innenstadt möglichst weitläufig zu meiden, um nicht dem lärmenden, bei Hyperakusis sogar schmerzenden Trubel ausgesetzt zu sein.

Veranstaltungen speziell für hoch- und geräuschsensible Menschen gibt es leider nur sehr wenige, Deutschlandfunk Kultur berichtet über Wanderungen für Hochsensible in Berlin. [3]³ Im Braunschweiger Aktionsplan Inklusion findet man hingegen bisher noch keine Angebote für geräuschsensible Menschen. [4]⁴ Dies bietet auch eine Marktlücke, da zum Beispiel unter dem Motto „Braunschweig – du leise Stadt“ ein Programm für geräuschsensible Menschen geschaffen werden könnte, das auch überregional Gehör findet.

Um geräuschsensiblen Menschen eine leise Stimme zu geben, fragen wir daher sanft:

- 1) Auf welche Weise berücksichtigen Veranstalter und Verwaltung die Bedürfnisse von geräuschsensiblen Menschen wie etwa Menschen aus dem Autismus-Spektrum?
- 2) Besteht die Möglichkeit, spezielle Veranstaltungen für geräuschsensible Menschen anzubieten bzw. auszuweisen?
- 3) Besteht die Möglichkeit, einen Plan mit Braunschweiger Wohlfühl- und Rückzugsorten für Menschen mit Geräuschsensibilität zu erstellen, der online verfügbar gemacht wird?

- [1] www.zdf.de/gesellschaft/volle-kanne/hochsensible-menschen-102.html
- [2] www.netdoktor.de/symptome/hyperakusis/
- [3] www.deutschlandfunkkultur.de/wandern-fuer-hochsensible-spezialer-blick-fuer-schoenheiten-100.html
- [4] www.braunschweig.de/leben/soziales/inklusion/Alle-Seiten-SS-UBU.pdf

Anlagen:

keine